

Zürcher sollen mehr Stipendien erhalten

Bildung Die Bildungskommission will mehr Geld für Aus- und Weiterbildungen zur Verfügung stellen. Auch 50-Jährige sollen neu Bildungsdarlehen erhalten

VON NADINE KLOPFENSTEIN

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) des Kantons Zürich möchte das Stipendienwesen reformieren. Sie schlägt dem Kantonsrat vor, neu auch Berufsvorbereitungskurse wie das 10. Schuljahr und Vorbereitungskurse für eidgenössische Prüfungen der Berufsbildung mit Stipendien zu fördern.

«Momentan spiegelt das Stipendienwesen die Bildungswirklichkeit nicht wider», sagt Ralf Margreiter, Präsident der KBIK. Das System für schulisch-akademische Bildungswege sei zwar ausgefeilt. «Aber die Fachspezialisierung von Berufsleuten wird kaum gefördert.» Zudem komme es mit der heutigen Berechnungsmethode für Stipendien zu Verzerrungen und Schwelleneffekten. «Jetzt wird die Unterstützung aufgrund eines Budgets mit Werten des Studenten und der Eltern bemessen», sagt Margreiter. Neu sollen zwei Budgets erstellt werden: Eines für den Auszubildenden, das andere für die Erziehungsberechtigten. «Während der Anspruch des Studenten auf der Grundlage des Existenzminimums berechnet wird, erhalten die Eltern neu mehr Spielraum nach oben», so Margreiter. Dadurch würden die Eltern finanziell entlastet.

Altersabhängige Ausgestaltung

Gleichzeitig will der KBIK auch ein «normbiographisches Modell» einführen. Soll heissen: Anstatt wie bisher die Ausbildungen mit einem Stipendium und die Weiterbildung mit einem Darlehen zu fördern, soll die Unterstützungsleistung altersabhängig gestaltet werden. So sollen in Zukunft nur noch Personen bis ins Alter von 25 Jahren – in Ausnahmefällen bis 28 Jahren – existenzsichernde Stipendien erhalten. Danach gibt es nur noch gekürzte Beiträge oder aber Darlehen im vollen Umfang bis ins Alter von 35 Jahren. Ist jemand älter als 35, können Ausbildungsbeiträge nur noch als rückzahlbare Darlehen bezogen werden.

Im Gegenzug will die Zürcher Bildungskommission das Höchstalter für



Die Bildungskommission will mit der Reform des Stipendienwesens die Fachspezialisierung von Berufsleuten vermehrt fördern. Im Bild der Lichthof an der Universität Zürich. KEYSTONE

Ausbildungsbeiträge von 45 auf 50 Jahre erhöhen. «Damit soll etwa die Situation von Wiedereinsteigerinnen verbessert werden, wenn sie mit einer Weiterbildung wieder fit werden wollen für die Arbeitswelt», sagt Margreiter. Schliesslich seien Arbeitnehmer in diesem Alter noch 15 Jahre im Beruf tätig. Zudem habe die Anhebung der Altersgrenze keine finanziellen Auswirkungen bei den Ausbildungsbeiträgen. «Da ab 35 Jahren nur noch Darlehen ausbezahlt werden, entstehen dem Kanton keine Mehrkosten.»

Ausbildungsbeiträge steigen

Anders sieht es aber bei den unter 35-jährigen Bezüglern aus. Mit der Reform sollen rund 600 Personen mehr stipendienberechtigt werden als heute. Damit steigt die Quote der Beitragsbezüger von 5 auf 5,5 Prozent und die Ausbildungsbeiträge von 37,6 auf 42,6 bis 44,6 Millionen Franken. Trotzdem bleibt das Zürcher Stipendienwesen im Vergleich mit anderen Kantonen eher bescheiden. Im Schweizer Durchschnitt werden nämlich 7,2 Prozent der Bevölkerung mit Stipendien gefördert.

In Zukunft sollen nur noch Personen bis ins Alter von 25 Jahren existenzsichernde Stipendien erhalten.

Die Sozialdemokratische Partei im Kanton Zürich begrüsst die Reform, lehnt aber die Einführung der altersgerechten Beiträge ab, wie sie in einer Mitteilung schreibt. Mit der tiefen Altersgrenze für Stipendien würden Bildungskarrieren ausserhalb der «Norm» erschwert. Die Partei hat deshalb den Antrag gestellt, die Altersgrenze für Stipendien auf 28 Jahre zu erhöhen.

Die CVP des Kantons Zürich ist über die Stipendienreform erfreut, wie sie mitteilte. Mit der Reform würden die Forderungen der Partei mehrheitlich erfüllt.

Über die Reform befinden wird der Zürcher Kantonsrat. Dieser soll bis Mitte Mai eine Entscheidung in puncto Stipendienreform treffen.

Die BDP Zürich gibt sich kämpferisch

Wahlniederlage Erneut hat die BDP bei kantonalen Wahlen massiv verloren. Davon lässt sich die BDP in Zürich nicht entmutigen.

VON LUZIA TSCHIRKY

Es war nicht die erste Wahlniederlage der BDP. Nach einem Erdrutschverlust im Kanton Bern folgte nun Basel-Landschaft am vergangenen Sonntag. Drei von vier Sitzen im Parlament hat die BDP verloren.

Der Präsident der BDP des Kantons Zürich, Marcel Lenggenhager, möchte angesichts der erneuten ausserkantonalen Niederlage keine voreiligen Schlüsse ziehen: «Man darf sich von anderen kantonalen Wahlen nicht ins Boxhorn jagen lassen», kommentiert Lenggenhager. Der Präsident der BDP Schweiz, Martin Landolt, sieht die Situation wesentlich düsterer: «Das ist katastrophal, da gibt es nichts schönzureden.», erklärte er gegenüber Radio SRF.

«Das ist katastrophal, da gibt es nichts schönzureden.»

Martin Landolt
Präsident BDP Schweiz

Auf die Gründe der Schieflage der BDP angesprochen, spricht Lenggenhager vom fehlenden Profil: «Jetzt müssen wir mehr von unserem Leistungsausweis sprechen. Wir müssen sagen, wofür wir eintreten.» Im Gegensatz zu vor vier Jahren ist die BDP keine neue Partei mehr und kann nicht mehr auf Sympathiewähler der ersten Stunde zählen. «Ich werde oft von Leuten angesprochen: «Ach ihr seid die nettere SVP!» Doch so einfach ist es nicht. Wir haben im Kanton Zürich ein ganz anderes, lösungsorientierteres Profil als die SVP.» So setze sich die BDP beispielsweise für erneuerbare Energien ein.

Mit schlechten Resultaten in den Kantonen wackelt auch der Stuhl von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Doch darauf möchte Lenggenhager im Moment nicht eingehen: «Die Diskussion um die Bundesratswahlen steht nach den Nationalratswahlen an.» Bis zu den kantonalen Wahlen im April, wo Lenggenhager für den Regierungsrat kandidiert, bleiben der BDP knapp zwei Monate.

Bonstetten

Heute eine Seltenheit: Kirchgemeinde baut neue Kirche



Generalvikar Josef Annen mit dem Grundstein der neuen Mauritiuskirche. MU

Solche Anlässe sind selten geworden. In Bonstetten fand gestern der offizielle Spatenstich zum Projekt «Mauritiuspark» direkt gegenüber dem Bahnhof statt. Dort sollen nicht nur 45 2½- bis 4½-Zimmer-Wohnungen, eine Einstellhalle und zwei Gewerberäume entstehen – Teil des Vorhabens ist auch ein neuer Sakralbau der Kirchgemeinde St. Mauritius/St. Michael.

Zur Grundsteinlegung der Kirche und zum Spatenstich begrüsst Toni Gasser, Präsident der Kirchgemeinde St. Mauritius, rund sechzig geladene Gäste. In einer kurzen Zeremonie segnete Generalvikar Josef Annen den Grund- und Eckstein der neuen Kirche.

«Diese Zeremonie ist heutzutage schon aussergewöhnlich, ist dies doch meine erste Segnung eines Grundsteins einer neuen katholischen Kirche und hoffentlich nicht die letzte», sagte Josef Annen.

Der Namensgeber für die Kirche und die Wohnsiedlung ist eine markante Gestalt aus der Frühzeit des Christentums in der Schweiz: Der heilige Mauritius soll um 290 nach Christus im Wallis verstorben sein. Zum Bauprojekt, das ein weltliches mit einem kirchlichen Vorhaben verbindet, sagte Generalvikar Annen: «Menschen brauchen nicht nur ein religiöses Zuhause, sie brauchen auch ein Dach über dem Kopf.» (MU)

Üetliberg

Ombudsmann findet Bericht über Giuseppe Fry in Ordnung

Ein «Reporter»-Beitrag des Fernsehens SRF über Giuseppe Fry, Hotelier auf dem Zürcher Üetliberg, ist nach Ansicht des Ombudsmanns SRG Deutschschweiz nicht zu beanstanden. Er erachtet die Beschwerde einer Zuschauerin zum Film als unberechtigt, wie es im SRG-D-Newsletter von gestern heisst.

Am 23. November porträtierte «Reporter» den umstrittenen Hotelier. Die Präsidentin des Vereins «Pro Üetliberg» war mit dem Film gar nicht einverstanden. Ihrer Ansicht nach war der Beitrag einseitig und beschönigend. Sie wandte sich an den Ombudsmann Achille Casanova. Der zuständige SRF-Bereichsleiter Marius Born hielt in seiner Stellungnahme fest, es habe sich um ein Porträt des «bekanntermassen streitbaren Protagonisten» gehandelt. Ziel sei es gewesen, dessen «Persönlichkeit nachzuspüren». Laut Ombudsmann Casanova bedeutete Sachgerechtigkeit für die einzelne Sendung nicht «Ausgewogenheit im Sinn einer möglichst gleichwertigen Darstellung aller Standpunkte». Werde ein Thema aus einem bestimmten Blickwinkel angegangen, so müsse dies transparent gemacht und die wesentlichen Fakten korrekt vermittelt werden. Dies sei bei der «Reporter»-Sendung der Fall gewesen. (SDA)